

# Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.  
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post  
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.— M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beilage oder deren Raum für Geisenheim  
25 & auswärtiger Preis 30 &. Bei mehrmaliger Aufnahme  
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 71.

Samstag den 19. Juni 1920.

20. Jahrgang.

## Die Krise vor der Lösung.

Mayer-Kaufbeuren lehnt ab. — Erneutes Angebot an Fehrenbach.

Die politische Krise schien einer Lösung nahe. Dr. Trimborn hatte bereits eine vorläufige Ministerliste aufgestellt. Die Minister sollten vorwiegend aus dem Zentrum und den Demokraten entnommen werden, während die Deutsche Volkspartei nicht offiziell durch Minister, sondern durch Sachminister ihres Vertrauens an der Regierung beteiligt werden sollte. Als Justizminister war Dr. Heinze ausersehen, er hat aber nach Aussprache mit seiner Fraktion darauf verzichtet müssen. Die demokratischen Minister Dr. Becker (Reichswehrminister) und Koch (Inneres) sollten ihre Portefeuilles behalten, desgleichen der Reichsfinanzminister Dr. Birk (Ztr.). Das Reichswirtschaftsministerium sollte der der Deutschen Volkspartei nahe stehende Geheimrat Wiedfeld, Generaldirektor der Friedrich Krupp A.-G., übernehmen. Das auswärtige Amt sollte der frühere sächsische Gesandte in Wien Dr. Köstlin einziehen, das Reichsarbeitsministerium war dem preussischen Wohlfahrtsminister Stegerwald (Ztr.) zugeordnet und das Reichsjustizministerium dem neu gewählten Demokraten Dr. Siemens. Das Reichsverkehrsministerium sollte als Hochmann General Erbsner übernehmen, der sich zu Beginn des Krieges als Chef des Eisenbahnbauwesens große Verdienste erworben hat und auch später als Leiter des Kriegsamtes hervorragendes leistete.

Es handelte sich schließlich nur noch um den Posten des Reichszanlers. Nachdem der Präsident Fehrenbach aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen, machte Dr. Trimborn am Mittwochabend dem Reichspräsidenten über den Vorschlag, den deutschen Geschäftsträger in Paris und Abgeordneten der bayerischen Volkspartei Dr. Mayer-Kaufbeuren mit der Kabinettsbildung zu beauftragen und ihn zum Reichszanler zu ernennen. Man ging wohl von der Erwägung aus, daß Dr. Mayer-Kaufbeuren in seiner Eigenschaft als deutscher Geschäftsträger in Paris den Problemen, die in Spaa zur Verhandlung gelangen sollten, nähergetreten ist und nun auch, neben den unmittelbaren Sprachkenntnissen, einige Personalkenntnisse, wenigstens nach der französischen Seite hin, besitzt. Der Reichspräsident nahm diesen Vorschlag an, und es erfolgte noch am gleichen Tage die telegraphische Uebermittlung des Auftrages an Dr. Mayer. Donnerstag vormittag traf Dr. Mayer bereits in Berlin ein, jedoch mit dem Befehl, daß er sich auf die Wichtigkeit seiner gegenwärtigen Aufgabe in Paris die Berufung ablehnen müsse.

Fehrenbach mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Donnerstag mittag begaben sich Präsident Fehrenbach und Trimborn zum Reichspräsidenten Ebert, um die neue Sachlage zu besprechen. Ebert beauftragte alsdann Dr. Fehrenbach mit der Bildung des Kabinetts. Fehrenbach nahm den Auftrag an und setzte sich dann im Reichstagsgebäude sofort mit den führenden Persönlichkeiten der demokratischen Partei in Verbindung.

Die Deutsche Volkspartei zur Mitarbeit bereit.

Im Auftrage der Deutschen Volkspartei haben die Abgeordneten Heinze und Dr. Stresemann an Dr. Trimborn eine Erklärung gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Nachdem die Sozialdemokratie die Teilnahme an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt hat und eine Koalition aller bürgerlichen Parteien durch den Widerspruch der demokratischen Partei unmöglich gemacht war, erklärt sich die Deutsche Volkspartei auf dem Wege der grundsätzlichen Bereit, in Gemeinschaft mit dem Zentrum und den Demokraten an der Bildung einer Regierung mitzuwirken. Die erste Lage des Reiches verlangt uns trotz reicher Bedenken zu diesem Beschluß.“

Die Deutsche Volkspartei geht dabei von folgenden Voraussetzungen aus: 1. daß an den Grundsätzen der Partei durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert wird, 2. daß die Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands sachliche Leitung der Geschäfte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des Wirtschaftslebens ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zugehörigkeit und Parteistellung erfordert, und daß 3. alle Beamtenstellen in Zukunft nach Fähigkeit ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu besetzen sind.

Die Sozialdemokraten verharren in der Opposition, die Fraktion der S. P. D. hat zu der neuen Denkmäler in der Kabinettsbildung noch nicht Stellung genommen. Die Partei wird unbedingt an ihren bisherigen Beschlüssen festhalten. Erst, wenn bestimmte Nachrichten über die Zusammenfassung des neuen Kabinetts vorliegen, wird man erneut Stellung nehmen.

## Der 10prozentige Lohnabzug.

Neue Bestimmungen über den Steuerabzug von Lohn und Gehalt.

Wenige Tage vor Inkrafttreten der Verordnung über den 10prozentigen Steuerabzug von Lohn und Gehalt sieht sich das Reichsfinanzministerium endlich veranlaßt, einige der zahlreichen Unklarheiten aufzuklären. Aus den neuesten Bestimmungen seien folgende wichtige Punkte hervorgehoben:

1. Jeder Arbeitgeber hat bei jeder Zahlung von Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 vom Hundert des Arbeitslohnes und zwar des Barlohnes einzubehalten. Treffen Barlohn und Natural- oder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf zwanzig vom Hundert des Barlohns. Werden also monatlich 80 Mark in bar gezahlt und 300 Mark nach den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gerechnet (s. B. für Hausangestellte, Dienstmädchen usw.), so sind doch nur 18 Mark (20 vom Hundert des Barlohns) abzuführen.

2. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abzug besteht für jede vom 25. Juni ab stattfindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 25. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 25. Juni oder später erfolgt. Auseinanderrechnungen des vor und nach dem 25. Juni verdienten Lohnes finden also nicht statt. Für diejenigen, deren Lohn erst am 25. Juni oder später ausbezahlt wird, entsteht dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 25. empfangen, keine Härte, weil es sich nur um die vorläufige Einkommensteuer handelt und daher das, was jetzt zunächst weniger abgezogen wird, bei der endgültigen Veranlagung mehr bezahlt werden muß.

3. Die Einzahlung des einbehaltenen Betrages erfolgt entweder durch Verbuchung von Steuermarken oder durch unmittelbare Einzahlung an die Steuerhebestelle des Arbeitnehmers.

Verwendung von Steuermarken.

a) Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, sie kann von der Gemeindebehörde auch Arbeitgebern überlassen werden.

b) Der Arbeitgeber hat für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzufüllen und zu entwerfen. Steuermarken von 10 Pf., 50 Pf., 1 Mark, 5 Mark, 25 Mark sind bei den Postanstalten zu beziehen. Die Entwertung erfolgt durch Enttragung des Tages der Verwendung; allgemein übliche Abkürzungen sind zulässig (s. B. 10. Okt. 20). Grundsätzlich soll die Einklebung und Entwertung von Steuermarken bei jeder Lohnzahlung erfolgen, auf Antrag kann jedoch gestattet werden, daß für ständig beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalendervierteljahres entwertet oder eingeklebt werden.

c) Der Betrag der entwerteten Marken ist in die Steuerkarte einzutragen.

Unmittelbare Einzahlung bei der Steuerhebestelle des Arbeitnehmers.

a) Sie erfolgt nur auf Antrag des Arbeitnehmers beim Landesfinanzamt. Um die Genehmigung des Antrages noch vor dem 25. Juni zu erreichen, muß der Antrag (kleinigt) eingereicht werden.

b) Die Einzahlung muß spätestens bis zum 10. Tage des folgenden Monats erfolgen. Auf Antrag kann gestattet werden, daß die Einzahlung erst innerhalb der ersten zehn Tage nach Ablauf eines Kalendermonats erfolgt.

c) Gleichzeitig mit der Einzahlung ist eine Nachweisung in doppelter Ausfertigung einzureichen. Nachweisungen können vom Ende des Monats ab bei den Finanzämtern bezogen werden. Die Richtigkeit der Nachweisung ist von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter zu bescheinigen. Die Steuerhebestelle gibt nach Prüfung eine Ausfertigung mit Empfangsbescheinigung zurück.

5. Die einkommensteuerfreien Beträge 1500 Mark, 500 Mark, 200 Mark werden beim Lohnabzug nicht berücksichtigt. Ihre Berücksichtigung erfolgt erst bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

6. Eine Anrechnung der 1920 eingeklebten Steuermarken der vom Arbeitgeber bei der Steuerhebestelle auf die für 1920 zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.

Zusiel entrichtete Beiträge werden grundsätzlich auch nicht vor der endgültigen Veranlagung für 1920 zurückgezahlt. Zur Vermeidung von Härten ist jedoch schon eine vorübergehende Zurückzahlung für solche

Fälle vorgesehen, in denen die vom Arbeitnehmer für das Rechnungsjahr 1920 endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 vom Hundert des mutmaßlich im Jahre 1920 zu erzielenden Nettoeinkommens des Arbeitnehmers beträgt; entsprechender Antrag ist vom Arbeitnehmer beim Finanzamt zu stellen.

7. Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbehaltung und die Entrichtung von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

## Aufruhr im Orient.

Englische Schiffe bei Bagdad geplündert.

Die türkenfeindliche Politik Englands hat unter der mohammedanischen Bevölkerung im Orient große Erregung gegen die britischen Machthaber hervorgerufen. Die Unzufriedenheit der Mohammedaner wird noch genährt durch die skrupellose Agitation der russischen Bolschewisten, die es ausgerechnet verstanden haben, die türkischen Nationalisten gegen ihre Bedrücker aufzureizen.

Nach den letzten Meldungen sind die türkischen Nationalisten bis zur Südküste des Marmarameeres vorgedrungen und stehen jetzt unweit Konstantinopel. Die britischen Truppen haben sich auf die Schiffe zurückziehen müssen. In Cilicien hat der Kommandant der französischen Besatzungstruppen de- und wehmützig um einen Waffenstillstand bitten müssen, andernfalls wären seine Truppen völlig aufgerieben worden. Auf Nordpersien sind die englischen Truppen, die bereits bis zum Kaspiischen Meere vorgedrungen waren, vor den Bolschewisten völlig zurückgedrängt und zum Rückzug auf Bagdad gezwungen worden. Doch auch hier ist es bereits zu Unruhen gekommen, wie aus nachfolgendem Telegramm hervorgeht:

— Paris, 14. Juni. Nach einer Sabotagemeldung auf Teheran vom 14. Juni hat sich die schon beunruhigende Lage in Mesopotamien in den letzten Tagen verschlimmert. In Mosul, der nördlichsten, am Tigris gelegenen Stadt des englischen Mandatsgebietes in Mesopotamien, seien schwere Unruhen ausgebrochen. 6000 Araber hätten die Staatsgebäude angegriffen, wobei es zahlreiche Tote gab. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten. In Bagdad seien die Manifestanten an das Polizeikommissariat gezogen, um die Befreiung der Gefangenen zu verlangen. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung getötet worden.

Revolutiongefährdung auch in Indien.

Auch aus Indien wird ein Aufflammen der mohammedanischen Bewegung gegen den englischen „Ehru“ gemeldet.

Ein Bericht, den die englische Regierung von ihren Geheimagenten erhalten hat, ergab, daß in Indien für den Herbst eine Revolution geplant sei, die bolschewistische Charakter trage. Diese Nachricht wurde demontiert. Die „Daily News“, die in dieser Angelegenheit eine Untersuchung angestellt haben, erklären, daß trotz dieser Dementis die Lage in Indien zu ersten Beunruhigungen Anlaß gebe. Es ist unbestreitbar, daß eine systematische Propaganda betrieben wird, und daß sie heute bereits in Kreise eingedrungen ist, über deren Ehrlichkeit man bisher nicht im Zweifel sein konnte.

England räumt Batum.

„Daily Mail“ berichtet, daß die Vorbereitungen zur Räumung von Batum durch die englischen Streitkräfte so weit gefördert sind, daß die Räumung binnen vierzehn Tagen beendet sein werde. — Batum, das die Engländer nun räumen, ist der beste Hafen an der Küste des Schwarzen Meeres. Es hat allerdings für die Engländer nach dem Fall von Baku an Bedeutung verloren. Denn das von Baku kommende Petroleum wurde von Michailowo (halbwegs Batum—Tiflis) aus in Böhren nach Batum geleitet und hier von großen Reservoiren aufgenommen, um dann in Zisterne gefüllt weiter verfrachtet zu werden.

Wendigung des türkischen Friedens?

Jetzt, wo es in ganz Asien zu gären beginnt, wo ganz Kleinasien, Mesopotamien, Persien und auch Indien der Anarchie verfällt, beabsichtigt die Entente dem „Temps“ zufolge einige bedeutende Friedensverträge anzunehmen. Der Großvater ist am 11. Juni nach Paris abgereist, um gegen folgende Klauseln des Friedensvertrages zu protestieren:

1. gegen die Abtretung Thrakiens und Smyrnas;
2. gegen die Verletzung der Souveränität des Zulus, die eine Folge der Internationalisierung des Bosporus und der Dardanellen ist;
3. gegen die Gewährung logen, Kapitulationsrechte (eigene Konsulargerichtsbarkeit, Exterritorialität, Exterritorialität) an diejenigen Staaten, die solche vor dem Kriege nicht befaßen.



Wie das Pariser Blatt hierzu bemerkt, sind die friedlichen (?) Absichten Frankreichs in Kleinasien, die es beim Abschluß des Waffenstillstandes zwischen General Gouraud und Mustafa Kemal Pascha beabsichtigte, im allgemeinen in England wohl bekannt und der französische Standpunkt gewinnt in London an Boden. Die Schwierigkeiten, auf die die Engländer bei den Arabern am Oberlauf des Euphrat und Tigris stoßen, machen eine Revision der Politik der Alliierten ebenso notwendig, wie in der Türkei.

Ob die Einsicht nicht zu spät kommt? —

## Die Reichsschulkonferenz.

### Die Zukunft der Volkshochschule.

In dem Ausschuss der Reichsschulkonferenz wurde die Frage der Volkshochschule ausgiebig behandelt. Die Volkshochschulen und das freie Bildungswesen müssen nach der Auffassung des Ausschusses von jeder Beeinflussung seitens des Staates freigegeben werden. Der Verpflichtung, sie finanziell zu unterstützen, dürfen sich aber Staat und Gemeinden nicht entziehen. Für die Arbeit an der Volksbildung wurden besonders dazu geeignete und dafür ausgebildete Kräfte gefordert. Nicht jeder Universitätslehrer, Oberlehrer oder Volksschullehrer sei dafür geeignet, sondern nur ein Mensch, der mit starker innerer Einstellung für die Volksbildungsarbeit eine große Begabung, Klar und anziehend zu sprechen verbindet.

### Der staatsbürgerliche Unterricht in der Volkshochschule.

Der Ausschuss für Staatsbürgerkunde unterbreitete der Konferenz folgende wichtige Vorschläge: Durchdringung des gesamten Lehrstoffes und Schuljahres aller Schulstufen mit dem Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung ist Grundvoraussetzung für jeden Unterrichtserfolg in der Staatsbürgerkunde. In der Volkshochschule der Volksschulen und in den entsprechenden Klassen der Mittel- und höheren Schulen ist Staatsbürgerkunde als gesondertes Unterrichtsfach mit in der Regel zwei Wochenstunden, in den Fortbildungs- und Berufsschulen in entsprechender Stundenzahl einzufügen. Lehrstoffe sind nach Maßgabe der verschiedenen Schulstufen die Grundtatsachen und Grundgedanken der Verfassung, der Staatsverwaltung im steten Hinblick auf Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Das Ausland ist vergleichend heranzuziehen, die überstaatliche Rechtsordnung ist zu berücksichtigen.

Die Ausbildung der Lehrer für diesen Unterricht erfolgt auf der Hochschule. Für die schon im Amt stehenden Lehrer werden vorläufige staatsbürgerkundliche Kurse, später auch Fortbildungskurse vorgeschlagen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 17. Juni 1920.

Die deutschen Vertreter bei den auf Grund des Friedensvertrages zu bildenden internationalen Kommissionen für den Rhein, die Donau, die Elbe und die Oder werden sich in den nächsten Tagen in Paris (Donau), in Straßburg (Rhein), in Prag (Elbe) und in Breslau (Oder) stattfindenden Sitzungen begeben.

Ein Erlass der französischen Grubenverwaltung verbietet die Abtrennung des Saarbrücker Knappschaftsbezirks vom deutschen Knappschaftsbezirk.

Der Verfassungsausschuss der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß Preußen als Republik und nicht als Freistaat bezeichnet werden soll.

Der Kaiserprozeß endgültig erledigt. Auf eine Anfrage erklärte der belgische Minister des Innern, daß die alliierten und assoziierten Mächte nicht daran denken, den deutschen Kaiser in Abwesenheit abzurufen. Die Bildung eines Justizauschusses, der sich mit der Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag befassen solle, steht mit der Frage der Beurteilung und Auslieferung des Kaisers in keinem Zusammenhang.

Keine Vertretung Amerikas in Spa? Das amerikanische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Washington widerlegt amtlich das Gerücht, daß Oberst House sich nach Europa begeben habe, um die Vereinigten Staaten in Spa zu vertreten. Unter den heutigen Umständen würden die Vereinigten Staaten auf der Konferenz in Spa nicht vertreten sein.

Ehemalige Hochverräter als Landtagsabgeordnete. Die amtliche Feststellung der Landtagswahlergebnisse im Regierungsbezirk Schwaben hat ergeben, daß unter den in Augsburg gewählten Landtagsabgeordneten auch der unabhängige Kandidat Kieflisch sich befindet. Damit ist der dritte wegen Hochverrats in Festungshaft sich befindliche Abgeordnete in den Landtag gewählt worden.

Abänderung der neuen Telephongebühren? Das Reichspostministerium, Abteilung Bayern, erklärte einer Abordnung, die im Auftrage einer Münchener Protestversammlung gegen die Erhöhung der Telephongebühren vorstellig wurde, daß bereits Vorschläge zur Abänderung der Gebührensatzung vorliegen und der Reichstag sich bald mit dieser Abänderung beschäftigen dürfte.

Pacellis Mission in Bayern. Der zum päpstlichen Vertreter in Berlin ernannte bisherige Nuntius in München, Pacelli, ist mit der Führung der Verhandlungen über die Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem bayerischen Staat und der Kirche beauftragt worden und wird deshalb München endgültig erst dann verlassen, wenn die von ihm eingeleiteten Verhandlungen zu Ende geführt worden sind.

Die Untersuchung der Märzvorgänge. Beim Untersuchungsausschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Verurteilung erkannt, während der Rest durch Verurteilung und Niederlegung seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhindern, ist ein weiteres Referat, für Beschwerden von Unterpersonal, mit einem Offizier, Unteroffizier und einer Zivilreferenten errichtet worden.

Die schließlichen Vertreter im Reichstag. Die Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten in Saarlautern be-

trägt nach der amtlichen Feststellung der Wahlergebnisse 36, nämlich 10 Unabhängige, 9 Sozialdemokraten, 7 Deutsche Volksparteiler, 6 Deutsch-Nationale, 3 Demokraten und 1 Kommunist.

Die Kommunisten im Reichstag. Um dem Kommunistenführer Paul Levi, der als zweiter zu wählender Kandidat auf der kommunistischen Reichsliste stand, auch den Reichstagsplatz zu verschaffen, hat der in Geheimnis gewählte Abg. Hecker (A. S. D.) auf seine Reichsliste hin bereits gewählte Clara Jettin, und ihr bisheriges Mandat bekommt nun als zweiter Kandidat auf der Reichsliste Levi.

## Rundschau im Auslande.

Der frühere Premierminister Skutski übernimmt wieder die Neubildung des polnischen Kabinetts.

Das norwegische Ministerium ist zurückgekehrt.

Die italienische Regierung hat die Wiederaufrichtung der deutschen Konsulate, auf die Deutschland nach dem Friedensvertrage keinen Anspruch hatte, ausgelassen.

### Polen: Die polnisch-russischen Kämpfe.

Der polnische Generalstabbericht vom 16. Juni besagt, daß die Gegenoffensive an der nördlichen Front zur vollständigen Beherrschung der Linien der Flüsse Anta und der Weresina geführt habe. Sechs bolschewistische Divisionen seien aufgerieben, zahlreiche Gefangene wurden gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet. Czernobyl an der Brzyslaw-Wand wurde zurückerobert, wobei die 72. Brigade und das 2. Infanterieregiment der Sowjettruppen vollständig vernichtet wurden. In der Ukraine haben eigentliche Kämpfe nicht stattgefunden. Die Umgruppierung verläuft in voller Ordnung. Bolschewistische Kletterei hat ein Militärhospital in Schitomir, nachdem sie das gesamte ärztliche Personal, die Krankenpflegerinnen und 600 polnische Verwundete ermordet hatten, in Brand gesteckt.

### Belgien: Belgischer Deutschhass.

In Kamer wurde eine Anzahl Industrieller verhaftet, die mit den Deutschen Handel getrieben haben sollen. Unter den Verhafteten befinden sich drei Direktoren von Bergwerken, verschiedene Aufsichtsräte von Gesellschaften, darunter der Direktor der Wasserwerke Brochen-Rehjer, der gleichzeitig holländischer Bizekonsul ist, ferner der italienische Bizekonsul und der Vorsitzende der Handelskammer.

### Italien: Das fünfte Kabinett Giolitti.

Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti, Ministerpräsident und Inneres; Storsa, Außenwesens; Rossi, Kolonien; Pera, Justiz; Tedesco, Finanz; Meda, Schatz; Bonomi, Krieg; Cecchi, Marine; Croce, Unterricht; Deano, öffentliche Arbeiten; Micheli, Landwirtschaft; Alessio, Industrie; Pasquino Pasallo, Post; Raineri, befreite Gebiete; Sabriola, Arbeit. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.

### Italien: Serbische Regimenter vor Skutari.

Paul Telegramm aus Brindisi ist die Lage in Albanien, unverändert. Gegenüber Skutari, der Hauptstadt Montenegros, schwebt Gefahr. Zwei serbische Regimenter liegen vor der Stadt, um sie zu besetzen und verhindern die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln. Auf dem Skutarisee kreuzen zwei serbische Montore, um unter Berufung auf die Neutralität die Verproviantierung der italienischen Besatzung unmöglich zu machen. — Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Rapel soll General Peppino Garibaldi, der älteste der fünf Enkel des großen Garibaldi, im Begriff stehen, in Montenegro ein Unternehmen durchzuführen, das d'Annunzio's Handreich auf Rom entsprechen soll. — Peppino hat bereits im Jahre 1914 als Freiwilliger an der französischen Front von sich reden gemacht.

### Griechenland: Vor einem Staatsstreich.

In Athen befürchtet man für die nächsten Tage einen Staatsstreich oder die Revolution. In der Bevölkerung geht das Gerücht, Benizelos habe es durchgesetzt, den König Alexander zum Rücktritt zu veranlassen, um Griechenland zur Republik zu erklären. Wie weiter gemeldet wird, hat in der Schweiz eine Zusammenkunft zwischen dem jetzigen König Alexander und dem Erbprinzen Konstantin stattgefunden. König Alexander erklärte, er wolle dem Thron entsagen und hat seinen Vater, wiederum die Regentschaft zu übernehmen. Die plötzliche Reise Benizelos nach Paris bezwecke den König Alexander aufzusuchen und ihm klar zu machen, daß eine Rückkehr seines Vaters unmöglich sei. Er, Benizelos, sei entschlossen, in diesem Falle die Republik Griechenland zu proklamieren und sich zum provisorischen Präsidenten zu ernennen.

### Türkei: Türkische Angriffe auf die Franzosen.

Paul „Times“ aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten den mit dem französischen General Gouraud abgeschlossenen Waffenstillstand gebrochen und die französischen Vorposten in den armenischen Dörfern überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Stollenbergwerke von Gregli besetzt und von den französischen Besitzern eine Geldabgabe und Abtretung bestimmter Bergwerke an die nationalitäre Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden Franzosen und den nationalitischen Truppen kam es zum Kampf, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. — Nach dem „Temps“ hat sich das französische Bataillon, das die Besatzung von Basanti in Elizien bildete und auf dem Wege nach der Küste war, ungefähr 20 Kilometer von Adana wegen Mangel an Munition den Türken ergeben müssen. In der französischen Presse herrscht darüber große Verärgerung.

### Persien: Englische Verstärkungen für Persien.

Zur Bekämpfung des russischen Einbruchs in Persien sind bedeutende Verstärkungen englischer Truppen aus Indien nach Persien unterwegs. Auf jeden Fall soll den Bolschewisten der Weg nach Teheran verlegt werden.

### Amerika: Spaltung der Republikaner.

Die Ernennung des Senators Harding zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten hat die Anhänger des Senators Johnson veranlaßt, sich von der republikanischen Partei loszusagen und eine neue Partei zu gründen. Die neue Partei will in Chicago ihren Konvent abhalten, um einen eigenen Präsidentschaftskandidaten zu ernennen. Die neue Partei soll bereits in 30 Staaten Organisationen besitzen.

## Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 19. Jan. Gedächtnisbuch zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Nassauer. Der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung beabsichtigt für das Jahr 1921, in dem er auf hundert Jahre arbeitsamer und erfolgreicher Tätigkeit zurückblickt, ein Ge-

dächtnisbuch der im Weltkrieg gefallenen Nassauer herauszugeben. Er hat sich zu diesem Zweck mit einem Kuratorium der Nassauischen Gemeinden gewendet und letztere aufgefordert, ihm die Namen der Gefallenen nach folgendem Schema: 1. Name, 2. Vorname, 3. Geburtsdatum, 4. Name und Stand der Eltern, 5. Konfession, 6. Schulbildung, 7. Beruf, 8. Beteiligung am Weltkrieg, 9. Angabe des Truppenteils, 10. militärische Ehrenzeichen, 11. Ort und Tag des Todes anzugeben und zur Deckung der Kosten 1 Mark für jeden Gefallenen auf das Postcheckkonto Frankfurt a. M. 13700 oder das Landesbankkonto 1009 einzuzahlen. Es haben sich bisher bereits ein großer Teil der Nassauischen Gemeinden zustimmend geäußert und auch schon das Material sowie die Geldbeträge eingesandt. Namentlich fehlen von den größeren Gemeinden wie Biedenkopf, Vottenhorn, Gail, Diez, Eltville, Ems, Geisenheim, Grenzhausen, Griesbach, Hachenburg, Hadamar, Haiger, Heßlich, Herborn, Hohen, Höhr, Hofheim, Johannisberg, Kahlenberg, Königstein, Limburg, Lorch, Marienberg, Oberursel, Oestrich, St. Goarshausen, Schierstein, Schwanheim, Sonnenberg, Wallmer, Weilburg, Westerburg, Wiesbaden, Wirtges nur noch sehr wenige. Es ist aber selbstverständlich, daß in einem solchen Buch keiner der für das Vaterland gefallenen Nassauer fehlen darf. Alle bisher säumigen Gemeinden werden daher gebeten dem zu Ehren ihrer gefallenen Söhne geplanten Unternehmen nicht die Unterstützung versagen, sondern ihre Bereitwilligkeit dem Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Wiesbaden, Rheinstrasse 53/54 mitteilen und baldmöglichst auch das Material und den Geldbetrag zustellen zu wollen. Nach Fertigstellung muß ein Exemplar des „Gedächtnisbuches“ allen beteiligten Gemeinden kostenlos überhandt werden. Es sei noch darauf hingewiesen, daß als Nassauer alle die zu gelten haben, die von einer Nassauischen Gemeinde aus in den Krieg gezogen sind und daß die Vermissten und später an den Folgen des Krieges Verstorbenen beizuzählen sind.

Geisenheim, 19. Juni. Nach einer Verfügung des Reichspostministeriums ist die Frist für die Einziehung der Zeitungsgelder durch das Bestellpersonal vom 15. bis 20. des letzten Vierteljahresmonats festgesetzt. Wer also diese Frist versäumt, kann nicht mit Sicherheit auf Verzinsung zum 1. nächsten Monats rechnen.

Geisenheim, 19. Juni. Die nächste Mütterberatungsfunde in Geisenheim findet am Mittwoch den 23. Juni nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Kinderschule statt.

Geisenheim, 19. Juni. Das morgen stattfindende 12. Stiftungsfest des „Fußballvereins 08“ verspricht ein sehr großzügiges zu werden, zumal der Fußballwettkampf gegen „05 Mainz“ allgemeines Interesse erweckt und die Konzerte ausgetragen wird. Die eigentliche Feier findet anschließend im „Frankfurter Hof“ bei Konzert und Tanz statt und wird abends durch eine festliche Garten-Iluminierung verherrlicht.

Eltville, 16. Juni. In der Nacht von Samstag auf Sonntag gegen 1 Uhr wurde in der Hofstraße des Landwirts Kopp eingebrochen und aus der an einen hiesigen Einwohner vermieteten Scheune eine große Menge Kleider gestohlen. Durch das Varmischlagen des Besitzers, Herrn Kopp, der den Einbruch gewahrte, gestört, rissen die Diebe aus, sonst hätten sie zweifellos eine größere Beute gemacht.

Aus dem Rheingau. Die Heidelbeerernte in Taunus hat mit Anfang dieser Woche begonnen. Der Ertrag ist sehr reichlich, gegen das Vorjahr ein doppelter, weshalb man erwartet, daß die Preise für Heidelbeeren auch bedeutend sinken werden.

Wiesbaden, 18. Juni. In der Claus'schen Kunstfeuerwerkerei im Westertal brach gestern Abend gegen 12 Uhr auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer aus, das in den dort aufgespeicherten Feuerwerkskörpern reichliche Nahrung fand. Der Feuerchein war weithin sichtbar. Mächtige Detonationen durchzitterten fortwährend die Luft. Die Feuerwehr, die von verschiedenen Seiten alarmiert worden, erschien bald auf dem Platze und suchte dem zerstörenden Elemente Einhalt zu tun. Die massiven Gebäulichkeiten der Feuerwerkerei brannten völlig aus. Dem Besitzer erwächst ein enormer Schaden.

Frankfurt, 17. Juni. Wie das „Mittagsblatt“ meldet, ist der Verlag J. G. Holzwarth's Nachfolger, G. m. b. H., in dem die „Frankfurter Nachrichten“ erscheinen, in den Besitz einer Gruppe Frankfurter Großkapitalisten übergegangen, die das Blatt im Sinne der Deutschen Volkspartei weiterführen wollen. Als Gesellschafter werden genannt: Kommerzienrat Häffner von der Firma Voigt und Häffner, Direktor Stempel von der Schriftgießerei Stempel, Baurat Dr. Köster, Generaldirektor der Maschinenfabrik vorm. Bolorny u. Wittekind, Richard Norton von der Metallgesellschaft und Fritz von Bethmann vom Bankhaus Gebrüder Bethmann.

Dritte Frankfurter Messe. Das Mesamt Frankfurt a. M. beginnt in diesen Tagen mit der Verendung der definitiven Anmeldeformulare und zwar auf Grund der bei ihm eingelaufenen Voranmeldungen. Es liegt im Interesse der Aussteller, die Formulare möglichst pünktlich ausgefüllt zurückzusenden, da, wie bekannt, nach dem für die inländischen Aussteller festgesetzten Schlusstermin für Anmeldungen am 15. Juli die Berücksichtigung weiterer inländischer Besucher unmöglich ist. In allen Fragen, die sich auf Besichtigung und Besuch der Frankfurter Messe beziehen, erteilt das Mesamt Frankfurt a. M. bereitwillig Auskunft.

Ems, 16. Juni. Kurz vor 8 Uhr brach im Hinterhaus des „Fürstenhof“ Feuer aus, welches mit großer Schnelligkeit um sich griff. Die Emser Feuerwehren, die bald auf dem Platze erschienen, versuchten mit allen Kräften den Feuerherd zu beschränken. Durch den minimalen Wasserdruck jedoch war dieses unmöglich. Alle Hausangestellten und Kurgäste, deren Sachen in Gefahr waren, rannten, um ihre Habsgüter zu retten. Leider war es für eine Anzahl von Dienstpersonal ein Ding der Unmöglichkeit, da an ein Feineinkommen in das Hinterhaus nicht







## Bekanntmachung.

Von Donnerstag den 24. ds. Mts. an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

### Erbsen

zum Verkauf. Auf die Person entfällt 1 Pfund zum Preise von M. 2.50.

Vorlage der Karten am 21. und 22. Juni. Entwertet wird Feld 7 der Lebensmittelliste.

Donnerstag den 24. ds. Mts., von vorm. 8 bis 11 Uhr und nachm. von 2-5 Uhr. kommt in der Kinderkassette ein weiterer Teil der bestellten

### Kleidungsstücke

zur Ausgabe und zwar:

Männerjackett 1. Klasse, schwarze Blusen, Militärmäntel, Damenmäntel.

Ferner die Restbestände von Hosen, Männerjackett, Schürzen, Finger- und Fausthandschuhe.

Geisenheim, den 19. Juni 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung

Die

### Brotkarten

für das nächste Halbjahr werden am Mittwoch den 23. ds. Mts. im Wirtschaftsamt in nachstehender Reihenfolge ausgegeben.

Für die Lebensmittellisteninhaber der Nr.:

|         |         |          |             |
|---------|---------|----------|-------------|
| 1-80    | 391-460 | 745-810  | von 7-8 Uhr |
| 81-160  | 461-540 | 811-860  | " 8-9 "     |
| 161-240 | 541-620 | 861-940  | " 9-10 "    |
| 241-310 | 621-680 | 941-990  | " 10-11 "   |
| 311-390 | 681-744 | 990-1034 | " 11-12 "   |

Das Publikum wird dringend ersucht, zur Vermeidung von Störungen sich genau an der vorgeschriebenen Reihenfolge zu halten.

Die alten Lebensmittellisten sind vorzulegen und haben die bisherigen Empfänger von Zusatzbrot die alten Zusatzbrotkarten bei der Empfangnahme der neuen vorzulegen, denn nur daraufhin können diese ausgegeben werden.

Die Bäckerkarten sind dem Bäcker, bei welchem das Brot das Halbjahr hindurch bezogen werden soll, nach gewissenhafter Ausfüllung des Namens und der Lebensmittellistennummer, sowie des Namens der Bäcker (mit Tinte) bis spätestens Samstag den 26. ds. Mts. abzugeben.

Den Bäckern wird zur Pflicht gemacht, Karten mit unvollständigen Namen und ohne Lebensmittellistennummer zurückzuweisen, da sie sonst eine regelrechte Aufstellung der Kundenliste nicht vornehmen können. Die Kundenlisten sind bis Montag den 28. Juni 1920 im Wirtschaftsamt abzuliefern.

Geisenheim, den 19. Juni 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

### Erhebung der Einkommensteuer durch Lohnabzug.

Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 21. Mai 1920 treten die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn mit dem 25. Juni 1920 in Kraft. Hiernach hat der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung 10% des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und dafür Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzufüllen und zu entwerfen. Der Arbeitgeber haftet dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung dieses Steuerbetrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

Gemäß § 46 des Reichseinkommensteuergesetzes fordern wir die Arbeitnehmer, die in Geisenheim wohnen und beschäftigt sind, auf, sich beim städt. Steueramt (Rathaus, Zimmer 1) eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Da bei der großen Zahl der auszustellenden Steuerkarten mit der persönlichen Antragsstellung der Steuerpflichtigen zweifellos erheblicher Zeitverlust und Lohnausfall verbunden ist, ersuchen wir die Arbeitgeber, entweder dem Steueramt eine Liste der bei ihnen beschäftigten Personen umgehend einzureichen, oder die Ausstellung der Steuerkarten bezügl. der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer unverzüglich selbst vorzunehmen. Dabei wäre zu beachten, daß die Nummerierung der Steuerkarte nicht durch die Arbeitgeber erfolgt, sondern dem städt. Steueramt vorbehalten bleibt. Die ausgefüllten Steuerkarten sind dem städt. Steueramt zurückzugeben, das dafür Sorge trägt, daß sie nach Prüfung den Arbeitnehmern vor dem 25. Juni 1920 wieder zugehen.

Soweit Arbeitgeber auswärts wohnende Arbeitnehmer beschäftigen, hätten diese die Ausstellung der Steuerkarten bei der Bürgermeisterei ihres Wohnortes zu beantragen, wenn nicht auch für diese Gruppe von Arbeitnehmern die Arbeitgeber die Ausstellung selbst übernehmen. Die hierzu erforderlichen Steuerkarten müssen entweder von den Bürgermeistern des Wohnortes des Arbeitnehmers oder vom Finanzamt in Rüdesheim bezogen werden.

Geisenheim, den 15. Juni 1920.

Der Magistrat.

## Die Gewinn- und Verlosungs-Ziehung der Deutschen Spar-Prämienanleihe 1919

findet am 1. Juli statt

Zur Verlosung kommen:

|                                             |                      |
|---------------------------------------------|----------------------|
| 2 000 Gewinne (1000 bis 1 000 000 M.)       | = M. 20 000 000      |
| 20 000 Auslosungen mit Bonus (1050+1000 M.) | = M. 41 000 000      |
| 20 000 Auslosungen à 1050 M.                | = M. 21 000 000      |
|                                             | <b>M. 82 000 000</b> |

Die Prämienstücke zu 1000 M. nominal sind zum Tageskurse durch jedes Geldinstitut zu beziehen und werden durch die Darlehnskassen des Reichs mit 85% des Börsenkurses ohne Schmälerung der Rechte der Besitzer zum Darlehenskassenzinsfuß (5 1/4%) beliehen

Reichsfinanzministerium (Anleihestelle)

## Aufruf

### zur Spendung von Gaben für ein neues Glockengeläute der ev. Kirche zu Geisenheim.

In der Stunde der Not haben wir f. Zt. zwei unserer Glocken dem Vaterlande geopfert und uns seitdem mit einer Glocke begnügt. Viele andere Gemeinden haben die abgelieferten Glocken bereits durch neue ersetzt. In unserer Nachbargemeinde Rüdesheim sind in kurzer Zeit 8000 M. von den Gemeindegliedern für diesen Zweck gespendet worden. Was dort möglich war, sollte auch in unserer Gemeinde zu erreichen sein. Wenn wir nur annähernd die gleiche Summe zusammenbringen, dann können wir bald wieder die fehlenden Glocken ersetzen.

Darum bitten wir Euch, liebe Gemeindeglieder, gebt uns die Mittel in die Hand

### unserer Kirche ihr volles Geläute

wiedergzugeben.

Gaben nehmen alle unterzeichneten Mitglieder des Ausschusses entgegen, können auch bei der Rheingauer Bank auf das Konto: „Glockenfonds der evangelischen Gemeinde Geisenheim“ eingezahlt werden.

### Der Glockenausschuß der evangel. Gemeinde Geisenheim:

Frau Kaufmann Clasen, Frau Prof. Enyrin, Frau Geheimrat Ehrhard, Kirchenvorsteher Erbach, Johannisberg, Frau Prof. Kroemer, Küfermeister Fritz Kammersbach, Bürgermeister Dr. Schneider, Pfarrer Thiel.

Hotel Restaurant, Cafe  
Hotel zur Linde  
Telefon Nr. 205.

## Verloren

ein silbernes Damen-Uhr-  
Armband (Tula).  
Abzugeben gegen Be-  
lohnung in der Geschäftsst.

## Loose

der Preuß. Klassenlotterie

Ziehung 1. Klasse 12. Juli  
einschl. Feuerungszuschlag

|      |       |       |       |        |        |
|------|-------|-------|-------|--------|--------|
| 1/4  | 1/4   | 1/4   | 1/4   | 1/4    | 1/4    |
| 7.30 | 14.60 | 29.20 | 58.40 | pro R. |        |
| 36   | 50    | 73.   | 146.  | 292.   | 1.5 R. |

Borte 50 Bfg. empfiehlt

Bellesheim  
Bingen am Rhein.  
Preuß. Lotterie-Einnehmer.  
Postfachkonto Nr. 15 221  
Frankfurt a. M.

Westdeutsche Samenbau und  
Großhandlung G. m. b. H.  
empfiehlt

sämtl. Sämereien

in ihrer Niederlage bei  
Peter Josef Klein  
Geisenheim, Steinheimerstr. 5.

## Elektrisches Installations-Geschäft

für Licht und Kraftanlagen  
Wilb. Kublmann  
Hospitalstrasse 11.

## Versteigerung.

Donnerstag den 24. Juni, nachm. 2 Uhr,  
lassen die Erben der verstorbenen Eheleute  
Franz Meckel an Ort und Stelle das in der  
Kirchstraße Nr. 7 gelegene

### Wohnhaus

mit Werkstatt, Stall, Schuppen u. Hofraum,  
groß 10 Ruten, 13 Schuh unter günstigen Be-  
dingungen meistbietend zum Verkauf ausbieten.

Ferner kommen zum Ausgebot:

Garten, eingezäunt, an den Schmittsäckern,  
groß 29 R., 89 Schuh,

Acker, in den unteren Lössern, groß 14 R.,  
95 Schuh.

Im Anschluß an das Immobilien-Ausge-  
bot kommen das vorhandene Werkzeug, be-  
stehend aus 5 Hobelbänken und alles für das  
Wagnerhandwerk notwendige Handwerkzeug,  
sowie Hausgegenstände, als Bett, Tische,  
Obstdörre, Handwagen, Fässer, Bütten und  
viele andere mehr nur gegen bar zur Ver-  
steigerung.

Die Erben.

## Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der  
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)  
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b  
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

## Preis-Abschlag!

1a. Schweineeschmalz

per Pfund 19.— M.

1a. Margarine

per Pfund 13.— M.

ohne Karten.

Warenhaus Karl Rittel.

Kaufe nur diese Woche

## Altpapier

zu höchsten Tagespreisen.

Paul Köhler, Marktplatz 7.

## Versichern Sie

Ihr Reisegepäck gegen Unfall und Diebstahl bei  
Wendl. Vollmer

Transport-Versicherungen jeglicher Art.